

Rede von Dr. Angelika Claußen, Braunschweig 08.07.2015

Das Einstein-Russel-Manifest ist heute aktueller denn je!

Beginnen möchte ich mit einem Zitat von Albert Einstein, das leider heute noch so aktuell ist wie damals, 1958, Sie kennen es: „Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweise. So gehen wir einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Wir brauchen eine wesentliche neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben will.“

Es sind 70 Jahre seit dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki vergangen, und trotz all der verheerenden Folgen haben die Politiker und die Völker darin versagt, die Konsequenzen zu ziehen, nämlich die Ächtung und die vollständige Abschaffung der Atomwaffen. Aber es hat in diesen 70 Jahren zahlreiche nationale und internationale Bürgerbewegungen bzw. Bürgerinitiativen gegeben zur Abschaffung der Atomwaffen. Ich will nur einige nennen: Die Bewegung „Kampf dem Atomtod“, die Göttinger Erklärung der 18 Atomwissenschaftler in den 50iger Jahren, die Ostermarschbewegung in den 60iger Jahren, die neue Friedensbewegung seit den 80iger Jahren, das Projekt Weltgerichtshof (1992 – 1996). Es war 1996, als der Internationale Gerichtshof in Den Haag sein Gutachten über den Völkerrechtsstatus der Atomwaffen veröffentlichte und erklärte:

"Die Androhung mit und der Einsatz von Atomwaffen sind generell völkerrechtswidrig."

So haben wir das Recht, das Völkerrecht zwar schon lange auf unserer Seite, aber es gibt keine Macht, die es dem Internationalen Gerichtshof erlaubt, dieses Recht auch durchzusetzen. Das verweigern bisher alle Atomwaffenstaaten.

Einige der letzten, neueren Initiativen sind: Die Bürgermeister für den Frieden (Mayors for Peace), die Global Zero-Initiative und ICAN, International Campaign to abolish nuclear weapons,

Mehrfach sind auch Bewegungen zur Abschaffung von Atomwaffen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden: Z.B. die berufsbezogenen Friedensorganisation der Ärzte IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung). 1985 setzten sich amerikanische

und sowjetische Ärzte aus medizinischen Gründen und blockübergreifend für die Abschaffung der Atomwaffen ein. 10 Jahre später, 1995, wurde die Pugwash-Bewegung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Ich möchte an dieser Stelle etwas mehr auf die Pugwash-Bewegung eingehen, weil ihre Initiatoren in der Kontinuität des Einstein-Russel-Manifests stehen, welches schon 1955, also 10 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki, veröffentlicht wurde. 1955 waren die verheerenden Wirkungen der Wasserstoffbomben und der entsprechenden amerikanischen Testserien auf die Marschall-Inseln im Pazifik bekannt geworden: die Serie der sog. Castle Tests, bei der 6 Wasserstoffbomben zwischen dem 1. März 1954 und dem 14. Mai 1954 gezündet wurden mit einer Gesamtexplosivkraft von 48 Megatonnen. Die Öffentlichkeit erfuhr von den Tests, weil die 23-köpfige Besatzung eines japanischen Fischerboots, das vom Epizentrum der Bombe 140 Kilometer entfernt war, so stark verstrahlt wurden, dass sie mit den Symptomen einer akuten Strahlenkrankheit heimkehrten...

Am meisten traf es aber die Bewohner der Marschall-Inseln. 236 Bewohner der Insel Rongelap wurden verstrahlt, viele von ihnen erkrankten an der Strahlenkrankheit oder trugen schwere Verbrennungen davon. Die Bewohner beschreiben den Fallout von damals, der „so dick wie Schnee“ gewesen sei. Der erste Test der sogenannten Castle-Serie, der Bravo-Test, hinterließ eine Fläche von tödlichem Fallout von 27.000 Quadratmeilen. Im Vergleich mit den radioaktiven Freisetzungen von Tschernobyl und Fukushima enthielt der Fallout der Bravo-Bombe 30 Mal so viel radioaktives Jod wie die beiden Reaktorunfälle zusammengenommen.

Und noch einen anderen Vergleich des amerikanischen Militärs will ich Ihnen nicht vorenthalten: Wäre die Bravo-Bombe über Washington D.C. explodiert, so hätte ihr tödlicher Fallout New York erreicht, das 328 km Luftlinie von Washington D.C. entfernt liegt.

John Anjain, der Amtsrichter auf der Insel Rongelap berichtet von der Katastrophe: (in 1980). „ Wir hörten eine laute Explosion und innerhalb weniger Minuten bebte die Erde. Einige Stunden später begann der radioaktive Fallout auf die Menschen niederzugehen, er fiel in ihr Trinkwasser und in ihr Essen. Die Kinder fingen an mit der farbigen Asche zu spielen. Sie wussten nicht, was diese Asche war, denn niemand hatte sie informiert. So wie auch

niemand die Menschen im Testgebiet von Semipalatinsk informiert hatte, als die Sowjetunion ihre Atombombentests begann.

Noch unter dem Eindruck dieser verheerenden Folgen der Atomtests haben u.a. Albert Einstein und Bertrand Russel die vollständige Abschaffung von Atomwaffen und die Überwindung des Krieges als Mittel der Auseinandersetzung zwischen Staaten überhaupt gefordert. Die elf unterzeichnenden Wissenschaftler des Einstein-Russel-Manifests, unter ihnen war auch der Physiker Joseph Rotblat, der bis 1943 selbst im Manhattan Projekt gearbeitet hatte später die Pugwash –Konferenz gründete, erklärten: "Hier nun ist das Problem, mit dem wir Sie konfrontieren wollen, schlicht und furchtbar und unausweichlich: Sollen wir einen Schlussstrich unter die menschliche Rasse ziehen oder soll die Menschheit dem Krieg abschwören?"

Auch meine Organisation, die IPPNW, sieht die Ächtung und die Abschaffung der Atomwaffen in dem Zusammenhang, dass die Völker und Staaten grundsätzlich jeglichem Krieg abschwören müssen. Nur so wird es eine Zukunft für die gesamte Menschheit auf unserem Planeten geben können. Denn Atomwaffen sind mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar. Im Falle einer Atomwaffen-detonation ist weltweit keine Organisation zu einer effektiven Krisenreaktion fähig.

Und damit Atomwaffen nicht wieder zum Einsatz kommen, müssen sie verboten und abgeschafft werden. Es gibt über 16.000 Atomwaffen, Tausende davon sind sofort einsatzbereit. Sie stellen für die gesamte Menschheit ein inakzeptables Risiko dar, da ständig die Gefahr eines menschlichen und technischen Versagens besteht.

Es gilt also, was wir Ärzte schon 1985, als wir den Friedensnobelpreis erhielten, der Menschheit gesagt haben: Im Falle eines Atomkriegs, auch eines begrenzten Atomkriegs, werden wir Ärzte Euch nicht mehr helfen können. Prävention ist daher die einzige Lösung. Diese Erkenntnis haben wir Ärzte in unserer Frankfurter Erklärung von 1982 dargelegt, die für alle IPPNW-Ärzte verbindlich ist: „Deshalb erkenne ich als Arzt nur eine einzige auf den Kriegsfall bezogene Form der Prävention an, nämlich die Verhütung des Krieges selbst mit allen Anstrengungen, zu denen ich mein Teil beizusteuern entschlossen bin.“

Was hat sich seit dieser Zeit, als die Welt in ihren Machtstrukturen noch vorrangig vom Ost-West-Konflikt gekennzeichnet war, in der Weltpolitik verändert? Ich denke, ein kurzer Rückblick ist notwendig, um die aktuellen Spannungen und Konflikte besser zu verstehen. Sie alle hier im Raum haben erlebt, wie sich die USA nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nach 1989 als einzige umspannende Globalmacht etablierte. Die UNO verlor an Bedeutung. Während der Irakkrieg 1991, nach dem Einmarsch der irakischen Armee nach Kuwait, noch mit einem UNO-Mandat geführt wurde, traten im Kosovokrieg 1999 und im Irakkrieg 2003 eine von den USA geführte „Koalition der Willigen“ an. Das Völkerrecht wurde schon im Kosovokrieg, aber erst recht durch den Angriffskrieg auf den Irak 2003 mit Füßen getreten.

Auch die OSZE, die einzige gesamteuropäische Organisation, verlor an Einfluss durch die NATO-Osterweiterung. Noch 1989 erklärte Helmut Kohl „den KSZE-Prozess zum Herzstück der gesamteuropäischen (Sicherheits-) Architektur“. Und 1990 verabschiedeten 35 KSZE -Staaten und Regierungschefs die „Charta für ein neues Europa“, in der sie sich verpflichteten, auf allen Ebenen und ganz ausdrücklich auch bei der Sicherheitspolitik zusammen zu arbeiten.

Aber mit der NATO-Osterweiterung, die ab 1994 in Gang setzte, wurde die KSZE bzw. OSZE (ab 1995) systematisch geschwächt. 1994 wurden zunächst Polen, Ungarn und Tschechien an die NATO herangeführt und 1999 als Vollmitglieder aufgenommen. 2004 folgten Rumänien, Bulgarien und die Slowakei sowie die ehemals zur Sowjetunion gehörenden drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. 2008 schließlich formulierten die 28 NATO-Staaten ausdrücklich die Option für eine spätere NATO-Mitgliedschaft auch für die Ukraine, Georgien und Moldawien. Diese politischen Veränderungen bewertete die Putin -Regierung als zunehmende Bedrohung.

Ebenfalls in die 90iger Jahre (1997) fällt die Unterzeichnung und Ratifikation der Nato-Russland-Grundakte. Die ist eine völkerrechtliche Absichtserklärung zwischen der NATO und Russland, in der beabsichtigt ist, einen Ausgleich zwischen den sicherheitspolitischen Interessen in Europa, den USA und Russland herzustellen. (Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation). Damit stellt die **NATO-Russland -Akte ebenso wie die OSZE einen Grundpfeiler der Sicherheitsarchitektur für Europa** dar.

Nun hat sich jedoch in den letzten Jahren bei vielen Menschen der Eindruck verschärft, dass unsere Welt zum **globalen Chaos** geworden ist. **Krisen aller Art und besonders kriegerische Konflikte nehmen zu.** Alleine im Jahr 2014 erlebten wir zahlreiche Gewaltkonflikte: in Syrien, im Irak und hier mitten in Europa, in der Ukraine. Immer mehr Flüchtlinge kommen zu uns, sie wollen und müssen sich retten, aber Europa gewährt ihnen keinen Einlass. Nicht deren großzügige Aufnahme und Unterstützung steht im Mittelpunkt der europäischen Politik, sondern ihre Abwehr.

Was geht falsch in der Weltpolitik?

In der Friedenswissenschaft unterscheiden wir zwischen **Sicherheitslogik** und **Friedenslogik**. Was bedeutet das eigentlich?

Im **sicherheitslogischen Denken** werden tatsächlich existierende Konflikte aus ihrem gesellschaftlichen Kontext herausgelöst und **nicht als Aufgabe, sondern als Bedrohung** interpretiert, vor der es sich zu schützen gilt. Dieser Pfad der „**Versicherheitlichung**“ (L. Brock) führt unweigerlich in die **Militarisierungsfalle**. Wir leisten uns einen immensen Gewaltapparat zum Schutz vor Bedrohungen, die aus ungelösten Konflikten entstehen und dann fehlen uns die finanziellen und personellen Ressourcen, um diese Konflikte und ihrer Eskalation vorzubeugen.

Aus der **Militarisierungsfalle** kommt die Politik jedoch nur heraus, wenn sie **Frieden wieder zum Leitbegriff** macht. Was bedeutet **Friedenslogisches Denken** oder **Frieden als Leitbegriff**: Im Fall von Konflikten, die bereits in direkte Gewalt eskaliert sind, heißt **Friedenslogik**:

A . Wir kritisieren Gewalt und ihre Bedingungen

B. Wir machen deutlich, dass wir Problemlösungen und Alternativen zur Gewalt für möglich halten

C. Wir setzen uns dafür ein, dass Problemlösungen und Alternativen zur Gewalt möglich gemacht werden, also in die Tat umgesetzt werden.

Wie tief das militärische Denken in den Köpfen unserer Regierungen, und insbesondere bei den mächtigen Atomwaffenstaaten, verankert ist, das hat sich im Afghanistan–Krieg, im Irak-Krieg und zuletzt in den sich zuspitzenden Gewaltkonflikten, in der Ukraine, in Syrien, in Libyen gezeigt. Ein weiteres

Phänomen: Wir erleben derzeit eine schleichende Auflösung bestehender Institutionen und Normen, allen voran der UNO und des Völkerrechts.

Ich möchte ein aktuelles Beispiel geben für dieses tief verankerte militärische Denken in Bezug auf unser Thema Atomwaffen, und zwar möchte ich es am Beispiel der letzten **9. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags** in New York darstellen: Im Vorfeld der Überprüfungskonferenz hatte es drei hochkarätig besetzte und von mehr als 150 Staaten besuchte Konferenzen zu den katastrophalen humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes gegeben. Die letzte Konferenz fand im Dezember 2014 in Wien unter der Schirmherrschaft der österreichischen Regierung statt.

Bei dieser Konferenz wurde ein Humanitäres Versprechen (humanitarian pledge) verabschiedet. Dieses Versprechen ist inzwischen von 107 Staaten unterzeichnet worden. Es besagt: „Das Risiko von Atomwaffen mit ihren unannehmbaren Folgen kann nur vermieden werden, wenn alle Atomwaffen abgeschafft sind. Wir versprechen zusammen zu arbeiten, um Atomwaffen zu stigmatisieren, zu verbieten und abzuschaffen.“

Diese Absichtserklärung der 107 Staaten versuchten die beiden Hauptatomwaffenstaaten USA und Russland mit ihrer Eskalations-Strategie von gegenseitiger Beschuldigung und Schlagabtausch zunichte zu machen. Es gelang ihnen jedoch nicht, das Humanitäre Versprechen vom Tisch zu wischen. Die Staaten blieben klar.

Ein weiterer, seit Jahren bestehender Streitpunkt der Überprüfungskonferenz ist der Vorschlag eine **Zone von frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten** zu etablieren. Der Vorschlag wurde zuerst 1974 von Iran und Ägypten auf der UN-Generalversammlung gemacht. 1995 wurde die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags daran gebunden, dass sich gleichzeitig alle Staaten verpflichten, für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten zu arbeiten. 20 Jahre lang weigerte sich jedoch Israel, überhaupt an einer Konferenz zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone teilzunehmen. Diese systematische Blockade Israels war auch der Grund, warum die Überprüfungskonferenz in New York kein gemeinsames Abschlussdokument beschließen konnte.

„Das Versagen beim Nahen Osten lässt uns in einer perversen Situation zurück“, sagte Südafrika in seinem Schlussstatement. „Ein Staat außerhalb des Atomwaffensperr-Vertrages hat Erwartungen an uns, nach Regeln zu spielen, die dieser Staat selbst nicht akzeptiert und Kontrollen hinzunehmen, denen er sich selbst nicht unterwerfen will.“

Kurz und überspitzt gesagt, alle Atomwaffen besitzenden Staaten, dürfen tun, was sie wollen. Sie binden sich nicht an Verträge und unterwerfen sich letztlich keinerlei Kontrolle bezüglich der Durchsetzung ihrer Machtgelüste.

So dümpeln also die Atomwaffenstaaten von einem Konflikt in den nächsten, sie werben mit dem großen Wort „Verantwortung wahrnehmen“ und meinen damit Militäreinsätze und Kriege. Doch die Politikwissenschaftler von der Hessischen Stiftung für Friedensforschung analysierten 31 humanitäre Interventionen und neun als „Grenzfälle“ bezeichnete Interventionen in einer Studie und fanden dabei keine Indizien für einen positiven Effekt von humanitären militärischen Interventionen bei der Beendigung von Gewaltlagen. Ein Ergebnis, das wir Friedensbewegte uns merken sollten.

Auch **im Ukraine-Konflikt** setzen die Atomwaffenmächte der NATO einerseits und Russland andererseits auf Eskalation und militärische Drohgebärden und heizen den Krieg in der Ukraine weiter an, z.B. durch Kriegspropaganda, Manöver mit atomwaffenfähigen Systemen rund um das Baltikum, im Schwarzen Meer und in der Arktis, mit Waffenlieferungen an beide Konfliktparteien in der Ukraine sowie deren militärische Beratung. Hinzu kommen die völkerrechtlich umstrittene Abspaltung der Krim und deren Integration in die Russische Föderation.

Die Stationierung von US-Truppen in Osteuropa und provokative Militärparaden direkt an der russischen Grenze, geplante Beschlüsse zum Aufbau von sechs neuen Stützpunkten in den östlichen NATO-Ländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien sowie Vereinbarungen zur Raketenabwehr in Polen und Rumänien, die Aufstellung einer schnellen Osteuropa-Eingreiftruppe unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands, das sind nur einige der Provokationen, die dabei von der NATO ausgehen.

Angesichts der Spannungen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg werden den Atomwaffen von beiden Seiten eine stärkere Rolle zugeteilt. Russland hat

seine Militärdoktrin neu aufgesetzt und den Konflikt in der Ukraine und die Nato-Osterweiterung als Gefahr für die eigene Sicherheit eingestuft. Und die NATO plant offenbar, den Atomwaffen in ihrer Doktrin wieder eine größere Bedeutung zu geben. Noch in diesem Jahr ist ein vorgezogenes Treffen ihrer Nuklearen Planungsgruppe vorgesehen. US-Experten haben aktuell davor gewarnt, dass die US-Präventivstrategie zu einem Weltkrieg führen könnte.

Besonders bedrohlich wird diese gegenseitige Kräftedemonstration durch die sehr reale Gefahr einer beabsichtigten oder versehentlichen nuklearen Eskalation. Bis zum heutigen Tag stehen auf Seiten der USA und Russlands insgesamt geschätzte 2.000 strategische Atomwaffen in höchster Alarmbereitschaft. Sie könnten binnen Minuten zum Einsatz kommen und eine globale Katastrophe auslösen.

Angesichts dieser zunehmenden Eskalation im Konflikt zwischen Russland und der NATO appellieren wir Friedensbewegte heute an Außenminister Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel, sich für die Sicherung der bestehenden „Grundpfeiler der europäischen Sicherheit“, insbesondere der NATO-Russland-Grundakte, sowie der KSE (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte)- und INF-Verträge (Verträge über nukleare Mittelstreckenraketen) einzusetzen. Wir Ärzte von der IPPNW sind zutiefst besorgt, dass diese Grundpfeiler weiter erodieren und die Atomkriegsgefahr damit wächst.

Bereits im Jahr 2001 kündigten die USA den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Der Vertrag zu den konventionellen Streitkräften in Europa (KSE-Vertrag) wurde im März 2015 seitens Russlands aufgrund der Verlegung von 3.000 US-Soldaten und mehreren Hundert Kampffahrzeugen ins Baltikum suspendiert. Und die neuesten NATO-Überlegungen, schwere militärische Geräte im Baltikum zu stationieren, verstoßen gegen die NATO-Russland-Grundakte, die eine Vereinbarung enthält, eine Aufrüstung in Mittel- und Osteuropa zu verhindern.

Beide Seiten nehmen zudem immer mehr Abstand vom Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), der die Produktion, den Besitz und die Erprobung bodengestützter Atomraketen mit Reichweiten von 500 bis 5.500 Kilometern verbietet. Dieses Abkommen bietet aber immer noch eine Grundlage für eine Diskussion über die Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten.

Die USA erwägt, neue landgestützte Atomraketen in Europa zu stationieren. Laut Defense News sagte der Staatssekretär für Verteidigung Robert Scher, die USA könnten Marschflugkörper in Russland angreifen. Präsident Wladimir Putin hat nun angekündigt, 40 nukleare Interkontinentalraketen (ICBM) stationieren zu wollen. **Russland modernisiert also seine Atomwaffen genauso wie die USA.**

Bei diesen fortwährenden Eskalationen im Ukraine-Konflikt, der neben der kriegerischen Auseinandersetzung in Ostukraine eine höchst gefährliche, internationale geopolitische Dimension hat, wird jedem Menschen fast schwindelig und massive Ohnmachtsgefühle breiten sich aus.

Aber, sollen wir Friedensbewegte trotz unserer Ohnmacht gegenüber den Atomwaffenstaaten und ihrer Helfeshelfer deshalb verzagen?

Haben wir nicht trotz allem die Möglichkeit, aufzustehen und unsere Forderungen nach Deeskalation durchzusetzen?

Es gibt m.E. bei Außenminister Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel durchaus den Willen, unseren Forderungen nach Wiederherstellung der unterbrochenen Kommunikationskanäle und Sicherheitsmechanismen zwischen NATO und Russland aufzunehmen. Diese Kommunikationskanäle konnten während des Kalten Kriegs Missverständnisse zwischen den Konfliktparteien verhindern und sie sind angesichts der atomaren Gefahr möglicherweise überlebenswichtig für Milliarden von Menschen.

Aber vielleicht rufen wir nicht laut genug. Vielleicht sind wir noch wenig Menschen, die an die Politik, an die Bundestags- und Europaabgeordneten herantreten.

Macht und Ohnmacht bei uns in der Friedensbewegung, bei uns Bürgerinnen und Bürgern, an dieser Stelle möchte ich einen kurzen Abstecher zum Thema Macht wagen.

Was ist eigentliche **Macht**? Ich benutze hier ein Zitat von Leslie Gelb, er ist langjähriger Präsident des Council of Foreign Relations in den USA: Zitat: „Gesellschaftliche Macht auszuüben bedeutet über die Fähigkeit zu verfügen , Menschen, die Bevölkerung zu zwingen, etwas zu tun, was sie nicht wollen, sei es mittels Druck, Anwendung von Zwangsmitteln, und dabei die eigene Position

und die Ressourcen, die damit verbunden sind, auszunutzen. Die Gestalt der globalen Macht ist eine Pyramide: Mit den USA an der Spitze der Pyramide, auf dem zweiten Rang befinden sich die Staaten China, Japan, Indien, Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland Brasilien....“ Bis auf Deutschland, Japan und Brasilien übrigens alles Atomwaffenstaaten, die Leslie Gelb hier benennt.

Wenn wir uns den großen Machtstrukturen widersetzen wollen, geht es darum, **die Zustimmung zur Politik und zum Militär sowie die Zusammenarbeit zu verweigern, nein zu sagen. Denn die Politik muss als Dienerin fungieren**, nicht Dienerin der Anlegerinteressen der Börsianer, die uns jeden Abend bei der Tagesschau präsentiert werden, sondern von uns Menschen. Politik dient dazu, menschliche Grundbedürfnisse zu erfüllen, das **Menschenrecht auf Leben, Gesundheit, Nahrung und Wohnung zu erfüllen, denn das steht für uns Menschen an erster Stelle**. Und auch während und in Gewaltkonflikten, wie jetzt in der Ukraine, setzen wir Menschenrechte in den Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns. Ich plädiere für die Menschenrechte und für das Mitgefühl - Empathie als Kompass, unser Anker unseres Handelns. Der Philosoph Richard Rorty dazu: „Der moralische Fortschritt hängt ist abhängig, dass die Reichweite des Mitgefühls immer umfassender wird.“ Gemeint ist ein Mitfühlen, das verbindliche Nähe schafft und aktiven Beistand herausfordert.

Wir in der Friedensbewegung zeigen Empathie und setzen uns ein für die Menschenrechte, wenn nötig auch laut, entschieden und dramatisch. Horst Eberhard Richter, Gründungsmitglied der IPPNW “Es genügt nicht, dass einzelne von uns in Enqueten, Gutachten, Forschungsberichten oder auch gelegentlichen populärmedizinischen Publikationen darüber aufklären, was eine immer noch sträflich nachlässige Umweltpolitik und vor allem die fatale atomare Rüstungspolitik an neuen gesundheitlichen Risiken produziert. Wir müssen laut werden, müssen uns einmischen. Das gesundheitliche Argument muss zu einem erstrangigen politischen Machtfaktor werden. Das bedeutet aber, dass wir uns exponieren und kämpfen müssen...”

Was kann der kleine Bürger/die kleine Bürgerin für den großen Frieden tun? Friedenslogisches Denken. Unsere Gesellschaft vom Frieden her definieren, Frieden als Leitbegriff - führt uns alle aus der Militarisierungsfalle heraus. **Frieden definiert sich durch die umfassende Einhaltung der Menschenrechte,**

was die Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Unversehrtheit des Lebens, der Gesundheit, Nahrung, Wohnung, Kleidung und Identität beinhaltet. Das ist und bleibt unser Anker, unser Kompass, denn **weder die Verteidigungspolitik, die in Wirklichkeit Aufrüstung bedeutet, noch die NATO-Politik und die Politik der Putin-Regierung, die beide kriegstreibend sind noch die aktuelle Austeritätspolitik Europas gegen die griechische Bevölkerung, die zutiefst Menschenrechte verachtet, umlenken kann.**

Dass Sie als BürgerInnen und Bürger von Braunschweig diese Veranstaltung zum Einstein-Russel-Manifest organisiert haben, dass Sie die Einheit von Atomwaffen abzuschaffen im Kontext von Kriegsverhütung allgemein sehen, das macht mir große Hoffnung. Es ist ein kleiner Schritt, aber nichtsdestotrotz sehr wichtig. Ich danke Ihnen dafür. Die vielen kleinen Schritte von haben uns in den Bewegungen immer weiter gebracht.

Hoffnung: Zum Schluss noch eine gute Botschaft von der parlamentarischen Versammlung der OSZE, die ich heute morgen erhielt:

Alyn Ware, parliamentarians for nuclear non-proliferation and disarmament

“We have good news from Helsinki.

Yesterday, we were successful in moving the Parliamentary Assembly of the Organisation for Security and Cooperation in Europe (OSCE), during its annual assembly, to adopt text supporting the Humanitarian Pledge initiated by Austria.

The text on the Humanitarian Pledge was sponsored by PNND Co-President Christine Muttonen (Austria), cosponsored by Doris Barnett (Germany) and delegates from Liechtenstein, Azerbaijan and Slovenia.

As only 7 of the 58 OSCE countries currently endorse the pledge (Andorra, Austria, Ireland, Kyrgyzstan, Liechtenstein, Malta and San Marino), getting the OSCE parliaments to support is a huge step, and will be a great tool to encourage additional OSCE countries to support the pledge.”